



AMBASSADE DE SUISSE
EN CHINE

Peking, den 16. August 1967

Ref.: 010.21 - RO/rl

V e r t r a u l i c h

Herrn Bundesrat W. S p ü h l e r
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departementes

3003 B e r n

Herr Bundesrat,

Heute vormittag wurde ich vom Aussenministerium ohne Grundangabe gebeten, um 16.00 Uhr beim Vizedirektor der Westeuropa-Abteilung, Tang Hai-kuang, vorzusprechen. Er empfing mich in aller Korrektheit in Anwesenheit eines Stenographen und einer Uebersetzerin.

Herr Tang erklärte mir, er müsse mich bitten, meiner Regierung eine Note des Aussenministeriums betreffend die Tibetaner-Angelegenheit zu übermitteln. Er verlas den chinesischen Text, wobei die Uebersetzerin Satz für Satz übersetzte. Die schriftliche Uebersetzung wurde mir erst im Schluss des dreiviertelstündigen Gespräches zusammen mit dem Original ausgehändigt.

X | Leider hatte ich vom Text der vom Bundesrat zurückgewiesenen Note der Chinesischen Botschaft in Bern keine Kenntnis, so dass ich keine Vergleiche anstellen konnte. Immerhin stellte ich fest, dass das immer wieder beanstandete Wort "exiger" nicht gebraucht wurde und dass man sich auf "demander" beschränkte. Allerdings lässt der letzte Absatz an Schärfe nichts zu wünschen übrig.

Es darf aber nicht vergessen werden, dass die Kulturrevolution in den letzten Monaten auch den diplomatischen

./.

Dodis



Stil geändert hat und dass die vorliegende Note verglichen mit denjenigen, die den Botschaften des Sowjetblocks ausgehändigt werden, eher als höflich bezeichnet werden kann. Sie ist an Schärfe auf dem gleichen Niveau wie die den Skandinaviern in letzter Zeit übergebenen Texte.

Mein Gesprächspartner räumte mir im Anschluss an seine Vorlesung auch die Gelegenheit eines eher langen Gespräches ein, woraus man schliessen könnte, dass man chinesischerseits unter Wahrung des Gesichts bereit wäre, die Sache irgendwie beizulegen, bevor sich die Roten Garden des Falles annehmen.

Zu den uns gemachten Vorwürfen erklärte ich Herrn Tang folgendes:

1. Die schweizerische Regierung hat nie bestritten, dass Tibet zum Hoheitsgebiet der chinesischen Volksrepublik gehört.
2. Der Bundesrat hat seinerzeit in Befolgung einer alten schweizerischen Tradition die Bewilligung zur Aufnahme von tibetanischen Flüchtlingen gegeben.
3. Es ist den Flüchtlingen grundsätzlich verboten, sich politisch zu betätigen. Eine Verletzung der diesbezüglichen schweizerischen Gesetze würde die Intervention der zuständigen schweizerischen Behörden nach sich ziehen.
4. Der Bundesrat hat weder den Familienangehörigen des Dalai Lama noch irgendeinem anderen Tibeter einen diplomatischen Status eingeräumt.
5. Die heftige Reaktion der schweizerischen Presse ist durch das Verhalten der Chinesischen Botschaft, die den Text ihrer Note in Verletzung der üblichen Courtoisie vor der Reaktion des Politischen Departementes veröffentlicht hat, verschuldet worden. Durch ein korrektes Vorgehen

der chinesischen diplomatischen Vertretung wären die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht in dem Masse gestört worden.

6. Die Verschärfung der Auseinandersetzung hat sich eigentlich nicht um den Inhalt des Protestes, sondern um die Form entwickelt.
7. Herr Generalsekretär Micheli hat dem chinesischen Geschäftsträger zu wiederholten Malen die schweizerischen Verhältnisse im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit auseinandergesetzt und darauf aufmerksam gemacht, dass seitens der schweizerischen Regierung der Wunsch bestehe, mit der Regierung der Volksrepublik China gute Beziehungen zu unterhalten auf der Basis von gegenseitigem Respekt und Verständnis.

Mein Gesprächspartner erwiderte mir, meine Ausführungen stünden im Gegensatz zu den Vorfällen der jüngsten Vergangenheit.

1. Die schweizerische Regierung habe es zugelassen, dass an der Grundsteinlegung des Tibeter-Institutes bekannte anti-chinesische ausländische Gruppen teilnahmen.
2. Das Tibeter-Institut sei das europäische Zentrum für die Rückgewinnung Tibets durch die Flüchtlinge.
3. Presse, Radio und Fernsehen hätten die Zeremonie des langen und breiten übertragen, wobei verschiedentlich von Tibet als selbständigem Staat und dem Dalai Lama als dem Staatschef gesprochen worden sei.
4. Die schweizerische Regierung habe mit dazu beigetragen, dieses Institut zu schaffen (gemeint sind wahrscheinlich die Extra-Marken). Trotz den feierlichen Protesten der Chinesischen Botschaft habe der Bundesrat alle diese Vorfälle stillschweigend hingenommen und sich damit auf

eine anti-chinesische Linie begeben, die vom chinesischen Volk nicht akzeptiert werden könne. Das Volk Chinas fürchte sich nicht vor den 500 tibetanischen Flüchtlingen in der Schweiz, es fürchte sich nicht einmal vor dem amerikanischen Imperialismus, aber es sei nicht gewillt anzunehmen, dass eine Regierung, die mit China diplomatische Beziehungen unterhalte, sich auf eine chinafeindliche Linie festlege. Er hoffe, dass die schweizerische Regierung diese berechtigte Forderung anerkenne und die nötigen Massnahmen treffe, damit dem politischen anti-chinesischen Treiben der Tibet-Flüchtlinge und der um sie gescharten anti-chinesischen Kreise Einhalt geboten werde.

5. Er nahm zur Kenntnis, dass die schweizerische Regierung wünsche, mit China gute Beziehungen zu unterhalten, Beziehungen, die auf gegenseitigem Respekt beruhten. Ferner bat er mich, meine Regierung über unser Gespräch zu informieren.

Ich erwiderte Herrn Tang, dass ich dies so rasch wie möglich tun werde. Abschliessend wies ich nochmals darauf hin, dass unsere zwei Länder zwei verschiedene politische Systeme hätten. Die Erfahrungen der letzten 17 Jahre hätten ergeben, dass trotzdem tragbare Beziehungen bestehen können. Dies setzte aber nicht nur den Respekt voraus, sondern auch das gegenseitige Verständnis für die besonderen Verhältnisse in den beiden Ländern.

Zur Note selbst möchte ich folgendes bemerken. Anstoss nimmt die chinesische Regierung vor allem an der Tatsache, dass das Institut europäischen Charakter haben soll, ferner dass beim Anlass der Grundsteinlegung die Frage der Zugehörigkeit* wieder zur Diskussion gestellt wurde. Diesen Punkt hätte man eliminieren können, wenn sich unsere Presse den Grundsatz von Bernard Béguin im "Journal de Genève" vom Freitag, den 11. August, zum Leitfaden genommen hätte, wo

./.

*) Tibets zu China

er schreibt:

"Soyons sérieux. Que le Tibet fasse irrémédiablement partie du territoire chinois est une vérité de fait incontestable, devant laquelle le pandit Nehru lui-même s'était incliné. Mais que la conquête du Tibet et son administration par l'armée chinoise ait entraîné le départ de réfugiés est une vérité non moins incontestable."

Diese Version gibt immerhin den Chinesen die Möglichkeit, das Gesicht zu wahren.

Wenn wir mit China Beziehungen aufrecht erhalten wollen, die für uns vor allem von wirtschaftlichem Interesse sind, so müssen wir uns den neuen Verhältnissen, die durch die Kulturrevolution geschaffen worden sind, irgendwie anpassen. Es wurde ja immer wieder betont, dass wirtschaftliche Beziehungen nur bei Vorliegen guter politischer Beziehungen aufgebaut werden können. Ein politischer Krach würde damit auch unsere wirtschaftlichen Interessen schädigen. Andererseits muss man sich ganz objektiv fragen, wem die ganze Propaganda um das Tibeter-Institut nützt. Selbstverständlich müssen wir unserer humanitären Tradition treu bleiben. Dass gerade die Schweiz berufen sein sollte, Tibet in seiner alten Gestalt wieder herzustellen, ist eine diskutabile Frage, denn ganz sachlich betrachtet war das theokratisch feudale System des Dalai Lama auch nicht ein irdisches Paradies.

Wenn wir keine Möglichkeit haben, den Chinesen durch irgendein Entgegenkommen den Rückzug zu erleichtern, muss damit gerechnet werden, dass uns hier, wie das gegenwärtig üblich ist, die Botschaft kurz und klein geschlagen wird, was praktisch auf einen Abbruch der Beziehungen herauskäme. Ich glaube daher, dass die Frage, welche Interessen wir in diesem Lande in erster Linie zu vertreten haben, von ganz besonderer Bedeutung ist. Sollte die Angelegenheit von den Rotgardisten übernommen werden, würde praktisch und theoretisch soviel Glas zerschlagen werden, dass kaum mit einer Remedur zu rechnen wäre.

- 6 -

Ich berichte Ihnen das nicht aus Furcht vor dreitägigen Demonstrationen, die sich am Horizont abzeichnen, sondern um Ihnen die Möglichkeit zu geben, in Kenntnis aller Tatsachen Ihre Entscheidungen zu treffen. Ich betone noch einmal, die Rotgardisten haben sich Mao Tse-tungs Prinzip zum Grundsatz gemacht, dass wirtschaftliche Interessen gegenüber den politischen Interessen (Grössenwahn und Eitelkeit) zurücktreten müssen.

Gegenwärtig ist die Kulturrevolution wieder auf vollen Touren. Seit ca. einem Monat scheint Mao Tse-tung, veranlasst durch den in verschiedenen Provinzen auftretenden offenen Widerstand, sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisiert zu haben, um seine Gegner auf die Knie zu zwingen. Täglich finden in Peking und im ganzen Lande Massendemonstrationen gegen Präsident Liu Shao-chi und seine Anhänger statt. China muss im gegenwärtigen Moment mit einem kranken Mann verglichen werden, der von Wahnsinns- und Tobsuchtsanfällen geschüttelt wird. Eine sachliche Diskussion irgendeines Problems ist nicht möglich. Wie bei einem Individuum muss man daher auch bei China diesen Krankheitszustand berücksichtigen, um Zeit zu gewinnen, bis die Krise vorüber ist. Wie lange diese dauern wird, ist schwer vorauszusagen, doch sind Anzeichen dafür vorhanden, dass das Volk von der nun über ein Jahr anhaltenden Unruhe langsam genug hat. Die Führer der Kulturrevolution werden daher gezwungen sein, diesen Zuständen so rasch wie möglich ein Ende zu bereiten, sei es durch einen erzwungenen Sieg oder durch irgendwelche Kompromisslösung, um dadurch ein völliges Chaos zu vermeiden. Normale Masstäbe sind daher bei China nicht anwendbar.

Ich habe versucht, Ihnen kurz die gegenwärtigen Zustände dieses Landes zu schildern, und benütze den morgen

./.

- 7 -

früh abgehenden Kurier, um Ihnen diesen eher unvollständigen Bericht zuzustellen.

Ich erlaube mir noch, Ihre Aufmerksamkeit auf meine an Sie gerichtete vorletzte rasche Mitteilung zu lenken. Es besteht die grosse Gefahr, dass durch diese Angelegenheit unsere Vietnam-Aktion gestört und ihr Erfolg in Frage gestellt wird, da Hanoi gezwungen ist, auf Peking Rücksicht zu nehmen.

X Zum Schluss sei noch erwähnt, dass vielleicht vieles hätte vermieden werden können, wenn die Frage der Zulassung der fünf tibetanischen Lamas und die eventuell daran anzuknüpfenden Bedingungen (besonders betreffend Publizität) vorgängig des endgültigen Entscheides auch meiner Botschaft zur Stellungnahme unterbreitet worden wäre.

Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie mich über den weiteren Verlauf der Angelegenheit auf kürzestem Wege unterrichten lassen wollten.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:

Rossetti

Beilagen:

Note des Aussenministeriums mit zwei Photokopien
4 Briefdoppel mit je einer Photokopie der Note